


**Gärtnerei
Otto Müller**
 Inhaber
 Hagen Müller
 Hohentwielstr. 136
 70199 Stuttgart-Heslach
 info@das-veilchen.de
 www.das-veilchen.de
 Tel. 60 53 41
**Heslachs gute Adresse
für Blumen und Pflanzen**

Blättle

Stuttgart-Süd



Im Viertel daheim: Infos · Tipps · Hintergründe

Bopser · Heslach · Kaltental · Karlshöhe
Lehen · Südheim · Weinsteige

7–8 Juli/Aug. 2022

Trinken und genießen.


MORLOK
 Getränke Das Flüssige Sortiment

Getränke bequem einkaufen –
nutzen Sie unseren
Kofferraumservice!
Filderstraße 37

Einfach Spitze:
Schönbuch Weizen
 Kristall, Hefe Hell + Dunkel,
Hell auch alkoholfrei

www.blättle-süd.de



Kaltental 100 Jahre eingemeindet

Unter dem Titel »Vom armen Dorf zur Stuttgarter Wohngemeinde« beschäftigt sich Wolfgang Jaworek von der Geschichtswerkstatt Stuttgart-Süd in dieser Ausgabe mit der Eingemeindung Kaltentals vor hundert Jahren.

Vom armen Dorf zur Stuttgarter Wohngemeinde

Vor 100 Jahren wurde Kaltental nach Stuttgart eingemeindet

Die Entwicklung Stuttgarts von der Residenz- zur Industriestadt machte um 1900 eine rapide Ausweitung der kommunalen Fläche auf umliegende Gemeinden notwendig, die in diversen Oberamtsbezirken organisiert waren. Dieser Prozess begann 1905 mit der »Vereinigung« von Stuttgart und Cannstatt sowie den Eingemeindungen von Untertürkheim und Wangen auf der wirtschaftlich attraktiven Neckar-Achse. Von den nächsten Kandidaten gelang es 1908 nur Degerloch, unters Dach der Großstadt zu schlüpfen. Erst 1922 kamen Botnang, Hedelfingen und Obertürkheim zum Zug – und eben auch Kaltental. Stuttgart in den heutigen Dimensionen mit seinen 23 Stadtbezirken wurde dann erst durch die zahlreichen Zwangseingemeindungen der NS-Kommunalverwaltung in den Dreißiger- und Vierzigerjahren geformt.

Im Stadtarchiv befinden sich zwei umfangreiche »Aktenbüschel« (Signatur 1479/1480), in denen anhand von Schriftverkehr, Protokollen und Presseberichten der Eingemeindungsprozess von Kaltental nachvollziehbar ist. So fanden bereits 1904 zwei öffentliche Versammlungen in Kaltental statt, aus denen heraus Anfragen wegen einer Eingemeindung an die Stadt Stuttgart gerichtet wurden. Kaltental war zu diesem Zeitpunkt selbständige Gemeinde im »Amtsoberamt Stuttgart« (heute würde man »Landkreis« sagen), das um 1700 von der Stadt abgetrennt worden war, 1938 endgültig aufgelöst wurde und seinen letzten Amtssitz in der Rotebühlstraße hatte.

Kein Interesse an einer armen Gemeinde

Schon in der Oberamtsbeschreibung von 1851 wurde über Kaltental vermerkt, dass die »ökonomische Lage der Gemeinde als Corporation ... eine höchst ungünstige« sei und sich die ansässigen Gewerbe nur auf die »gewöhnlichsten« beschränkten. Dementspre-

chend stieß die erste Anfrage von 1904 auf demonstratives Desinteresse bei Stadtverwaltung und Gemeinderat. 1907 wurde festgestellt, dass Kaltental auf sich allein gestellt »zum Stillstand in unhaltbaren, kulturwidrigen Zuständen« verurteilt sei.

Da sich durch Zuzug von in Stuttgart Arbeitenden die Einwohnerzahl zwischen 1850 und 1910 auf 1500 verdreifacht hatte und 60 Prozent der Stuttgarter Trinkwasserversorgung auf Kaltentaler Grund ihren Ursprung hatten, setzte sich in den Stuttgarter Gremien die Einsicht durch, dass eine finanzielle Unterstüt-

zung Kaltentals unumgänglich sei. Es wurden Verträge über Stuttgarter Zuschüsse zu den Kaltentaler Armen-, Schul- und Straßenbaulasten geschlossen. Die zähen jährlichen Verhandlungen über deren Höhe prägten das Verhältnis bis zur schließlichen Eingemeindung. Sie wurden von Kaltentaler Seite zunehmend als »unwürdige Bettelei« empfunden.

Die überfällige verkehrliche Anbindung der »Wohngemeinde« Kaltental an die »Betriebsgemeinde« Stuttgart fand dann 1910 in einem Vertrag mit den Stuttgarter Straßenbahnen über die »Erstellung einer elektrischen Vorortbahn von Heslach nach Kaltental« ihre Bestätigung, wenngleich auch hier wieder hart über die Kostenübernahme verhandelt werden musste.

Politischer Druck: SPD gegen Liberale

Im Jahr 1913 nahm das Thema Eingemeindung wieder Fahrt auf. Im Februar berief der SPD-Ortsausschuss unter der Firmierung »Bürgerverein« eine Versammlung ein, zu der

400 Besucher in den Saal der »Krone« strömten. (Der Kaltentaler Schultheiss Karl Molt war zugleich Gemeinderat und SPD-Vorsitzender!) Die Zusammengekommenen verabschiedeten schließlich eine Resolution für eine Eingemeindung von Kaltental, die jedoch im Stuttgarter Gemeinderat keine Mehrheit fand.

Wie sehr sich die »Eingemeindungsfrage« zu einer parteipolitischen Frage entwickeln sollte, zeigt sich unter anderem daran, dass der bürgerliche OB Karl Lautenschlager in einem warnenden Rundschreiben die Stuttgarter Gemeinderäte bei der Veranstaltung zu »vorsichtiger Zurückhaltung« mahnte und »womöglich aufs Zuhören« verpflichtete. Es folgten weitere Zusammenkünfte und Ge-

meinderatsdiskussionen, bei denen sich die Fronten weiter verschärften.

Von Seiten der SPD wurde sogar der Verdacht geäußert, dass die bürgerlichen Parteien durch die Eingemeindung eines Bezirks mit SPD-Mehrheit negative Auswirkungen auf die politischen Verhältnisse von ganz Stuttgart befürchteten und sich deshalb dagegen sperrten. Entsprechende Po-

lemiken in der bürgerlichen Presse leisteten dieser Interpretation durchaus Vorschub. Im Frühjahr 1914 fand die letzte öffentliche Diskussion in dieser Frage statt; im August herrschte Krieg.

Die Republik soll liefern

1919 warf der Arbeiter- und Bauernrat Kaltental (ja, den gab's!) die Eingemeindungsfrage wieder auf. Erstaunlicherweise stellte er fest, dass es eine »freiere Stellung zum Thema« gäbe, »wenn der Krieg günstiger ausgegangen wäre«! Auch unter den neuen republikanischen Verhältnissen gingen dem Stuttgarter Gemeinderat zunächst die Gegenargumente nicht aus: die kriegsgebeutelten Finanzen, die geplante neue Amtsbezirkseinteilung und die bevorstehenden Neuwahlen zum Gemeinderat. Immerhin wurde die Verwaltung mit vorbereitenden Untersuchungen beauftragt: Das Tiefbauamt fertigte eine interessante Bestandsaufnahme der Straßenzustände an, inklusive einer Viehzählung. Sie ergab 41 Pferde, 139 Rinder, 64 Schweine und 171 Ziegen.

Aber es zog sich. So meldete Schultheiss Molt in seiner Verzweiflung, dass er als einzige Amtsperson in Kaltental sich nicht mehr in der Lage sehe, beauftragte Zwangsvollstreckungen vorzunehmen. Schwung bekam das Thema



geschichtswerkstatt
stuttgart-süd



Gaststätte »Krone« mit Brücke über den Nesenbach



»Waldsiedlung Schloßberg«, erster Bauabschnitt 1926



Straßenbahn um 1965 an der Haltestelle »Kaltental«.



Neubau der Volksschule Kaltental, Holzschnitt

dann durch die Absicht der Stadt Stuttgart, vorrangig das wirtschaftlich interessante Hedelfingen einzugemeinden.

Kaltental war vor 1933 durchgängig politisch rot gefärbt, wie die Wahlergebnisse zeigen. So war es die SPD im Gemeinderat und Landtag, die ein Junktim mit Kaltental und Botnang durchsetzte, so dass schließlich ein Vorvertrag für die gemeinsame Eingemeindung von Kaltental, Botnang, Obertürkheim und Hedelfingen zum 1. April 1921 entworfen wurde.

Kaltental beim Tag der Stadtgeschichte

Am 12. November veranstaltet die Arbeitsgemeinschaft Stadtgeschichte, der Dachverband der Stuttgarter Geschichts- und Heimatvereine, den Tag der Stadtgeschichte.

Kaltental wird dabei durch die Geschichtswerkstatt Stuttgart-Süd e. V. und die »Projektgruppe Geschichte Kaltental« vertreten, die sich im Zuge des Ortskernsanierungsverfahrens gebildet hat.

Der Autor dieses Artikels hält im StadtPalais einen Vortrag zum Thema »Kaltental in den 1920er Jahren: Architekturmoderne im Vorort«. Kaltental soll auch einen Teil der Ausstellung »Eingemeindet in Stuttgart: Motive, Abläufe, Auswirkungen« bilden, die vom 12. November bis zum 29. Januar 2023 zu sehen ist.

Zur Unterstützung detaillierter Recherchen werden Hausbesitzer aus der Schlossbergsiedlung und Eigentümer anderer Gebäude aus den Zwanzigerjahren um Kontaktaufnahme mit dem Autor gebeten: wolfgang.jaworek@gmx.de

Das moderne Kaltental: Schule, Siedlungen, Kirchen, Verkehr

In der Vorkriegsdiskussion zu Kaltentaler Notwendigkeiten wird häufig die Raumnot der Schule genannt, die aufgrund des Bevölkerungszuwachses dringend ein neues Gebäude benötigte. Der 1734 eingesetzte erste Lehrer in Kaltental hielt die damals übliche »Winterschule« (im Sommer waren die Kinder im familiären landwirtschaftlichen Einsatz gebunden) noch in seiner Stube ab, dann folgten bescheidene Schulgebäude in der Frechstraße (bis 1867), schließlich in der Böblinger Straße 477. Zu den mit der Eingemeindung verbundenen Zusagen gehört der Neubau einer »Volksschule« (heute: Grundschule) in der Fuchswaldstraße, die vom städtischen Hochbauamt geplant und am 26. April 1926 eröffnet wurde.

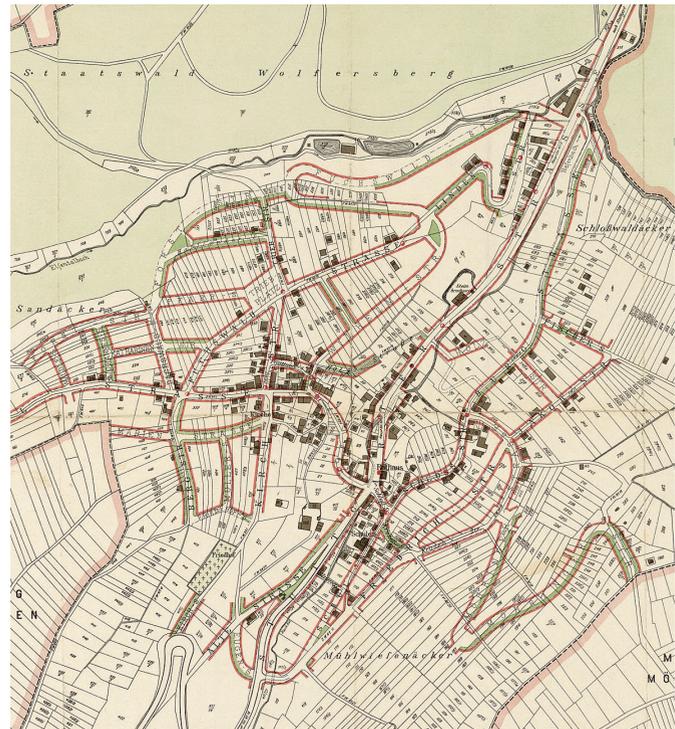
Das Jahr 1926 wurde zu einem Schlüsseldatum für die moderne Entwicklung von Kaltental. Eine rege Bautätigkeit setzte ein: Beispielhaft und von überregionaler Bedeutung war die »Waldsiedlung Schloßberg«, die unter der Regie des 1917 gegründeten Schwäbischen Siedlungsvereins (Sitz: Alexanderstraße 141/143) in mehreren Bauabschnitten durch Regierungsbaumeister Walther Rist errichtet wurde.

Grundlage des damals florierenden Siedlungsbauwesens

war das Wohnheimstätten-gesetz von 1920. Es sollte bei den Bürgern den Sinn für Eigentum und eine stadtferne, naturnahe Lebensweise mit Selbstversorgung wecken und damit zur Befriedung der revolutionären Situation beitragen. Diese Bewegung war anschlussfähig an die Baupolitik des NS-Staates und wurde durch diesen ideologisch begründet weiterbetrieben.

Die Eigentümer der »Schloßbergkolonie« repräsentierten weitgehend den unteren Mittelstand. (Die Behauptung in der Literatur, dass dort Polizeibeamte angesiedelt worden seien, lässt sich anhand der zeitgenössischen Adressbücher nicht nachvollziehen.) Architektonisch und bautechnisch war die Schlossbergsiedlung mit ihrer Thermoplaten-Fertigbauweise (Erstellung des Rohbaus in drei Tagen, auf Wunsch Fassadenverkleidung mit pflegeleichten Asbestschindeln) und den standardisierten Grundrissen durchaus der Weißenhof-Moderne zuzurechnen, an deren Rand der Siedlungsverein in der sogenannten Beamtsiedlung, Pankokweg 13, ein Musterhaus beisteuerte.

Kaltental wurde in den Zwanzigerjahren großräumig mit Einfamilienhäusern angesiedelt (zum Beispiel in der Engelbold- oder der Schwarzwaldstraße), so dass die Einwohnerzahl rasant anstieg:



In der Gemeindekarte von Kaltental aus dem Jahr 1910 sind rot die geplanten Baulinien eingezeichnet.

von 1900 im Jahr 1923 auf 3100 anno 1931 und 4300 bei Kriegsbeginn 1939; heute sind es 6000.

Leider wurden Teile der Schlossbergsiedlung beim großen Bombardement am 11. März 1943 zerstört und nur provisorisch wieder aufgebaut. Die Eigentumsstrukturen führten nach dem Krieg zu unkontrollierten An- und Umbauten, so dass bei der Denkmal-Inventarisierung zu wenig Originalsubstanz vorgefunden und eine Unterdenkmalstellung verworfen wurde.

In den Jahren nach der Eingemeindung nahm auch der Verkehr durch Kaltental wahrnehmbar zu. Nicht nur durch die Straßenbahnlinien, sondern auch den Kraftfahrzeugverkehr auf der Staatsstraße nach Böblingen. Das im Rahmen des aktuellen Sanierungsprozesses wieder aufgekommene Thema »Engpässe in Kaltental« führte bereits in den Dreißigerjahren zuerst zu einer Verlegung der Straßenbahnhaltestelle und schließlich 1939 zum Abriss der beiden Gebäude Schwarzwaldstraße 2 (im Nachfolgegebäude befand sich später die Apotheke) und Böblinger Straße 469 (ehemals Vaihinger Straße 1, heute teils Dreiecksplätzle, teils ehemalige BW-Bank-Filiale). Hier befand sich die Gaststätte »Krone«, in deren Saal die Bürgerversammlungen zur Eingemeindung stattgefunden hatten.

Die »Krone« wurde an Stelle der 1790 erwähnten »Oberen Mühle« errichtet und zunächst von dem Wirt Ernst Haug, dann von Alfred Eller betrieben. Die Beseitigung der »Krone« erfolgte am 11. Januar 1939 im Rahmen einer Feuerwehrrübung als »heißer Abriss«.

Wolfgang Jaworek

Die Geschichtswerkstatt Stuttgart-Süd e. V. ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Stadtgeschichte Stuttgart (www.stuttgart-stadtgeschichte.de). Auf ihrer Website www.geschichtswerkstatt-stuttgart-sued.de finden sich auch Literaturangaben zum vorliegenden Artikel. Der Autor ist Historiker (Spezialgebiet Fotogeschichte), pensionierter Verleger für Fachzeitschriften und lebt seit mehr als 40 Jahren im Lehenviertel. Er dankt den Kolleginnen und Kollegen der Projektgruppe Geschichte und der Bürgerinitiative Kaltental für Anregungen, Recherchen und Abbildungsvorlagen.



Heißer Abruch des Gasthofs »Krone« am 11. Januar 1939, links das Rathaus



Totalschaden in der Schlossbergsiedlung nach Luftangriff am 11. März 1943

Da die Veränderung von Gemeindegrenzen jedoch ein Landesgesetz erforderte, wurde schließlich am 24. Mai 1922 mit Rückwirkung zum 1. April 1922 das »Gesetz betreffend die Vereinigung von ... und Kaltental mit Stuttgart« im Landtag verabschiedet, am 31. Mai unterzeichnet und am 8. Juni im Regierungsblatt veröffentlicht. Diese unterschiedlichen Daten führten wohl auch dazu, dass bei der Vorbereitung des diesjährigen Jubiläums Differenzen bei der Datierung auftraten.



»Waldsiedlung Schloßberg«, Blick in den Wirtschaftsweg

Dem Modernisierungsschub für Kaltental entsprach der Neubau der beiden Kirchen Sankt Antonius (auf dem »katholischen Buckel«) und Thomas (auf dem »evangelischen Buckel«) in den Dreißigerjahren. Über erstere (Architekt: Hans Herkommer) mit ihrer erzwungenen »Entmodernisierung« wurde ausführlich im März-Blättle dieses Jahres berichtet. Über die Thomaskirche (1938, Architekt: Hannes Mayer) wird in der Reihe »Süd-Architekten« demnächst zu lesen sein.